



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 18.09.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.09.2012, 15:30 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:**Vorsitzender**

Herr Winrich Granitzka CDU

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher SPD i. V. für Herrn Neubert

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Frank Maul	PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE. (bis 18.00 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD
Herr Oliver Krems	SPD (bis 17.05 Uhr)
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN (bis 18.07 Uhr)

Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	(bis 18.10 Uhr)
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	(bis 16.45 Uhr)
Herr Rüdiger Dröger	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Filiz Kalaman	
Herr Markus Danuser	KLuST e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Katharina Roy-Seuren	auf Vorschlag der CDU
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
----------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Ingo Fleischer
Herr Werner Adams
Frau Ursula Herx
Herr Hubertus Tempski
Herr Dr. Axel Hänel
Herr Frieder Wolf

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Schriftführerin

Frau Verena Stiens

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Neubert	SPD
----------------------	-----

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 0 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse
Präsentation zur Einführung von e-Vergabeakte und e-Vergabemarktplatz

Referent: Herr Adams, Zentrales Vergabeamt
- 1.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften
AN/1534/2012
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess vom 07.05.2012
1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden (0909/2012)
2219/2012
- 3.5 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung - Sachstandsbericht für Projekte
2797/2012
- 3.6 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum
hier: Der Urbane Kongress (Teil 2): Die Umsetzung
2663/2012.
- 4.9 Auflösung des Amtes für Lastenausgleich -55-
3119/2012
- 4.10 Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 28.03.2011 und des Rates vom 15.05.2012
hier: Zusetzung von Einsatzkräften bei der Kölner Polizei
3194/2012
- 4.11 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch Verzicht auf die Ausbildung in markt-gängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten
3188/2012
- 4.12 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
2658/2012
- 6.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 03.09.2012
Flüchtlinge in Köln
AN/1510/2012
- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung
AN/1415/2012
- 9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Antrag des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln auf Durch-

führung des Chinafestes vom 14.09.2012 - 16.09.2012 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 11.09.- 18.09.2012) auf dem Roncalliplatz
2523/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung der Vergabe für den Zeitvertrag Splittmastix- und Asphaltbetonarbeiten
3299/2012
- 13.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.08.2012
"Kartellrechtliche Entscheidung gegen Hersteller und Lieferanten von Schienen"
(AN/1279/2012)
3228/2012
- 16.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung der Vergabe für den Zeitvertrag Splittmastix- und Asphaltbetonarbeiten
0444/2012
zurückgezogen
- 16.12 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Riehl, Slabystraße
1742/2012

Herr Granitzka schlägt ergänzend vor, TOP 11.2 "Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla zu den Fahrraddiebstählen in Köln" vorzuziehen und als TOP 3.7 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Wolter kündigt aufgrund der Verfristung Gesprächsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Vorlagen unter TOP 3.5, 3.6, 4.10, 4.11, 4.12 und 16.12 an und schlägt vor, die Behandlung dieser in die nächste Sitzungsfolge zu schieben.

Auf Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann zur Vorlage unter TOP 16.12 "Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Riehl" bittet Herr Kahlen, diese nicht zu vertagen, sondern ohne Votum in den Jugendhilfeausschuss zu schieben. Er bemerkt abschließend, aufgrund des hohen Bedarfes an Kindergartenplätzen sei man auf die Unterstützung durch Investoren angewiesen.

Der Ausschuss ist mit dem Vorschlag einverstanden und beschließt, die Vorlage unter 16.12 ohne Votum in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales ist mit der nun folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse
Präsentation zur Einführung von e-Vergabeakte und e-Vergabemarktplatz

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Sitzung des AVR am 06.02.2012, AN/0111/2012
Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern
2728/2012
- 1.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften
AN/1534/2012

2 Internationales

- 2.1 Chinajahr 2012
Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortungen von Anfragen der CDU-Fraktion im Finanzausschuss am
13.02.2012
 - 3.1.1 Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur
0620/2012
 - 3.1.2 Aufwand und Entwicklung der städtischen Dezernatsbüros
1728/2012
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 19.03.2012
Sauberkeit im Umfeld des RheinEnergieStadions
2777/2012
- 3.3 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem
01.04.2013
2359/2012
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess vom 07.05.2012
1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden (0909/2012)
2219/2012
- 3.5 *zurückgestellt*
- 3.6 *zurückgestellt*
- 3.7 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 18.06.2012 Erhöhte Anzahl der Fahrraddiebstähle in Köln
2921/2012

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Abschlussbericht der wissenschaftlichen Erhebung (Rapid Assessment und Response) zum Bedarf an psychosozialer Unterstützung und gesundheitlicher Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden nach Erweiterung des Sperrbezirkes
2767/2012
- 4.2 Geschäftsbericht der kommunalen Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) 2011
0889/2012
- 4.3 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales vom 06.12.2010
2288/2012
- 4.4 Verkürzung der Öffnungszeiten des Call-Centers
2765/2012
- 4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Juli 2012
2855/2012
- 4.6 Information über Änderungen im Aufenthaltsgesetz zum 01.08.2012
2856/2012
- 4.7 Aufnahme von Flüchtlingen
2947/2012
- 4.8 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen im Jahr 2011
2919/2012
- 4.9 Auflösung des Amtes für Lastenausgleich -55-
3119/2012

4.10 *zurückgestellt*

4.11 *zurückgestellt*

4.12 *zurückgestellt*

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 03.09.2012
Flüchtlinge in Köln
AN/1510/2012

- 6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung
AN/1415/2012

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zur Situation der Schützenvereine in Köln
- 7.2 Mündliche Anfrage von Herrn Detjen zum Datenhandel der Stadt Köln

8 Anträge

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Antrag des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln auf Durchführung des Chinafestes vom 14.09.2012 - 16.09.2012 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 11.09.- 18.09.2012) auf dem Roncalliplatz
2523/2012

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
1357/2012
- 10.2 5. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung (Neufassung)
1704/2012
- 10.3 Internetstadt Köln
0687/2012
- 10.3.1 Optimierung Bürgerservice
AN/1544/2012
- 10.4 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung)
1306/2012
- 10.5 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012
- 10.6 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
2854/2012
- 10.7 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Eigelstein, Neustadt-Süd, Se-

verinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Nippes, Longerich, Chorweiler, Worringen, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Kalk, Mülheim, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide,
2813/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 11.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Marx aus der Sitzung des AVR am 06.02.2012 zu TOP 16.3 Prüfbericht Erhebung und Einziehung der Hundesteuer bei 21 - Kassen- und Steueramt
2128/2012
- 11.2 Die Mitteilung wird als TOP 3.7 behandelt.

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung der Vergabe für den Zeitvertrag Splittmastix- und Asphaltbetonarbeiten
3299/2012

13 Schriftliche Anfragen

- 13.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.08.2012 "Kartellrechtliche Entscheidung gegen Hersteller und Lieferanten von Schienen" (AN/1279/2012)
3228/2012

14 Mündliche Anfragen

- 14.1 Mündliche Anfrage von Frau dos Santos Hermann zum Vergabeverfahren Haltestelle "Gutenbergstraße"

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

- 16.1 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf dem Alter Markt/Heumarkt
0118/2012
- 16.2 Öffentliche Ausschreibung der Weihnachtsmärkte auf dem Neumarkt und auf dem Alter Markt/Heumarkt im Zeitraum 2013 - 2017
1784/2012

- 16.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung der Vergabe für den Zeitvertrag Splittmastix- und Asphaltbetonarbeiten
0444/2012
zurückgezogen
- 16.4 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung Beschaffung einer alternativen Wahlsoftware im Fachbereich 110/5 Wahlen
2471/2012
- 16.5 Migration des BS2000-Verfahrens "AKDN sozial" (wirtschaftliche Sozialhilfe) auf Linux
0456/2012
- 16.6 Abschluss von Rahmenvereinbarungen über Dienstleistungen im Bereich Anwendungsintegration SAP
1698/2012
- 16.7 Einleitung eines Vergabeverfahrens (FÖS Zülpicher Str. 194)
2291/2012
- 16.8 Entfristung der Koordinationsstelle für Geschäftszentrenentwicklung und Initiativmanagement
2493/2012
- 16.9 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 34 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten etc.) - Paket 2 -
2769/2012
- 16.10 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 23 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten etc.) - Paket 3 -
2772/2012
- 16.11 Neues IV-Verfahren Wohnungswesen zur Ablösung des alten Großrechnerverfahrens
2990/2012
- 16.12 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Riehl, Slabystraße
1742/2012

I. Öffentlicher Teil

0 Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse Präsentation zur Einführung von e-Vergabeakte und e-Vergabemarktplatz

Herr Adams präsentiert anhand eines praktischen Beispiels die zur Beschleunigung der städtischen Bauprojekte und Vergabeprozesse geplante Einführung von e-Vergabeakte und e-Vergabemarktplatz.

Vor dem Hintergrund des zum Teil fehlerhaften Vergabeverfahrens der Haltestellen Gutenbergstraße und Liebigstraße in Köln-Ehrenfeld bittet Frau von Bülow um Information, inwiefern

die Einführung der Programme zu einer optimierteren Vergabe führe.

Herr Adams bittet zu beachten, Leistungsverzeichnisse seien weiterhin von den Fachdienststellen zu erstellen. Zwar könne das System fehlerhafte Verzeichnisse nicht erkennen, jedoch schaffe es frühzeitigere Transparenz und Einsicht in die Unterlagen. Fragen der Rechtmäßigkeit oder der eventuellen Angreifbarkeit des Verfahrens könnten durch Techniker und Juristen des Zentralen Vergabebeamtes früher geklärt werden.

Herr Granitzka bedankt sich für den guten ausführlichen Vortrag.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Sitzung des AVR am 06.02.2012, AN/0111/2012 Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern 2728/2012

Auf Rückfragen von Frau Möller und Frau von Bülow erläutert Frau Kronenberg, die zur Erstellung eines umfassenden Handlungskonzeptes erforderlichen Rückmeldungen aus den einzelnen Dienststellen lägen leider noch nicht in ausreichender Form vor.

Frau Kronenberg betont, Gender-Mainstreaming werde weiterhin verfolgt. In diesem Zusammenhang sollen die in sechs Ämtern bereits laufenden Projekte intensiviert werden.

Sie bestätigt, der im Rahmen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene erstellte Aktionsplan enthalte auch einen Zeit-/Maßnahmenplan, der nach Vorgabe des Ratsbeschlusses im August 2013 vorzulegen sei.

1.2 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften AN/1534/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla begrüßt die Anfrage und bittet um ergänzende Beantwortung, wie hoch der Anteil der Frauen bzw. die vorhandenen Vakanzen in den Vorständen der stadtbeteiligten Gesellschaften seien.

Auf weitere Nachfrage von Frau Manderla sichert Herr Kahlen die Vorlage einer zusammenfassenden schriftlichen Beantwortung zur nächsten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und des Finanzausschusses zu.

2 Internationales

2.1 Chinajahr 2012 Chinafest Nordrhein-Westfalen - Der Drache tanzt in Köln

Herr Wolf berichtet über das Bühnenprogramm zum Chinafest Nordrhein-Westfalen am Wochenende des 14. bis 16.09.2012, was den Höhepunkt des Kölner Chinajahres 2012 darstelle (Anlage 1).

Nach der Eröffnung durch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Herrn Oberbürgermeister Roters sowie die Botschafter beider Länder am Samstag, den 15.09.2012, um 11.00 Uhr kön-

nen die Besucher sich auf ein umfangreiches Programm rund um den Roncalliplatz, wie eine spektakuläre Varieté-Show und einen Drachentanz durch die Fußgängerzone, freuen.

Herr Wolf weist auf weitere das Programm begleitende Veranstaltungen, wie einem Wirtschafts- und Finanzmarktforum am 14.09.2012 und 27.09.2012 sowie der Ausstellung zahlreicher Kunstwerke aus dem Kaiserpalast der Stadt Beijing am 19.10.2012 im Museum für Ostasiatische Kunst hin.

Auf Rückfrage von Herrn Dröger bestätigt Herr Wolf, auch dieses Jahr sei ein Besuch des Herrn Oberbürgermeisters in der Kölner Partnerstadt Tunis geplant.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortungen von Anfragen der CDU-Fraktion im Finanzausschuss am 13.02.2012

3.1.1 Verwaltungsaufwand außerhalb der klassischen Verwaltungsstruktur 0620/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen weist auf die in der Anlage aufgeführten Erläuterungen zum Referat Lesben, Schwule und Transgender hin und bedauert vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Referates, dass die infolge eines Ratsbeschlusses eingerichteten 2,5 Stellen nicht voll besetzt seien. Zu diesem Thema habe vor Kurzem ein gemeinsames Treffen der Politik und der Stadt AG LST stattgefunden. Dort sei man sich einig gewesen, dass die Vorgabe des Rates zur dauerhaften Bewahrung der Funktionalität des Referates zwingend umzusetzen sei.

Auf kritischen Hinweis von Herrn Wolter erklärt Frau Manderla, die Intention der CDU-Fraktion sei nicht die Hinterfragung des einzelnen Referates gewesen. Vielmehr sei es vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation erforderlich, grundsätzlich alle Aufgaben, die nicht zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung zählen, auf den Prüfstand zu stellen.

Herr Kahlen weist darauf hin, der erwähnte Ratsbeschluss fordere die haushaltsneutrale Einrichtung des Referates. Bisher konnten 1,5 Stellen aus dem Stellenkontingent des Dezernates V in die Stabsstelle V/5 verlagert und dort besetzt werden. Die Besetzung der noch vakanten Stelle konnte mangels entsprechender Kompensationsmöglichkeiten noch nicht erfolgen. Er bittet zudem um Beachtung, dass die Politik vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation zuletzt Überlegungen geäußert habe, alle Diversity-Aktivitäten zu bündeln.

Auf weitere Rückfrage von Herrn Detjen bittet Herr Kahlen zu beachten, dass haushaltsneutrale Stellenbesetzungen das Vorhandensein entsprechender Kapazitäten in anderen Dienststellen voraussetzen. Herr Kahlen versichert, es werde weiterhin nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Er ergänzt, bei den genannten Personalkosten handele es sich nicht um tatsächliche Ausgaben, sondern vielmehr um den im Stellenplan ausgewiesenen Bedarf.

Frau von Bülow bemängelt, die Umsetzung des vom Rat beschlossenen Stellenplanes sei für die Politik schwer zu verfolgen. Sie regt an, nach einer Lösungsmöglichkeit zu suchen, die Politik über den Stand der Stellenbesetzungsverfahren in Kenntnis zu setzen.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

**3.1.2 Aufwand und Entwicklung der städtischen Dezernatsbüros
1728/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Wolter vom 19.03.2012
Sauberkeit im Umfeld des RheinEnergieStadions
2777/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage und bittet die Verwaltung, die mögliche Einführung eines Becherpfandes erneut zu überdenken. Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Sicherheitsaspektes schlägt er vor, zudem je nach Veranstaltung auf Einweg- oder Mehrwegbecher zurückzugreifen.

Herr Granitzka schließt sich den Überlegungen an und bittet um Einschätzung der Verwaltung, ob und mit welchem Aufwand die vorgetragenen Anregungen umgesetzt werden könnten. Ziel müsse es sein, eine Regelung zu finden, die praktikabel und letztendlich umsetzbar sei. Er bittet, die Prüfung zusammen mit einer Kalkulation der ggfs. zu erwartenden Kosten dem Ausschuss in Form einer schriftlichen Beantwortung erneut vorzulegen. Er fügt hinzu, nicht zuletzt sei auch an die Besucher des Stadions zu appellieren, ihren Müll ordnungsgemäß zu entsorgen.

Herr Kahlen versichert, die Vorschläge aufzugreifen und eine mögliche Umsetzung in einem Gespräch mit der Sportstätten-GmbH näher zu erörtern. Das Ergebnis dieses Gespräches werde dem Ausschuss in Form einer schriftlichen Mitteilung vorgelegt.

Herr Dr. Welpmann greift einen Fall auf, bei dem ein Bundesliga-Schiedsrichter durch einen Getränkebecher am Kopf verletzt wurde. Lt. einer dem Umweltausschuss vorgelegten Mitteilung sei hier inzwischen ein Gerichtsurteil ergangen, durch das festgestellt wurde, dass es sich in diesem konkreten Fall um einen Einwegbecher gehandelt habe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Welpmann sichert Herr Kahlen dem Ausschuss die Prüfung des Sachverhaltes sowie die Vorlage einer schriftlichen Mitteilung zu.

**3.3 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.04.2013
2359/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Hess vom 07.05.2012
1. Änderungssatzung zur Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden (0909/2012)
2219/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Hess bedankt sich für die Einschätzung der Verwaltung und schließt sich dem gezogenen Fazit an, wonach eine Änderung der Satzungsregelung nicht erforderlich sei. Dennoch sehe er aufgrund der hinsichtlich der von der Verwaltung einzuholenden Kosten-

schätzung die Gefahr einer möglichen Verzögerung eines Bürgerbegehrens und regt an, hier verwaltungsinterne Vorgaben zu schaffen.

Herr Kahlen bittet um Beachtung, in den Fällen, in denen sich ein Bürgerbegehren gegen einen Ratsbeschluss wende, werde die Frist im Sinne des § 26 III GO NW solange unterbrochen, bis eine fundierte Kostenschätzung durch die Verwaltung vorgelegt werden könne. Ein Nachteil könne den Bürgern nach den vorliegenden Regelungen daher ausdrücklich nicht entstehen.

Insbesondere bei initiierten Bürgerbegehren im Sinne des § 26 I und II GO NW, liege die Erstellung einer qualifizierten und substantiierten Kostenschätzung sicherlich im Interesse aller Beteiligten.

In der Festlegung einer bestimmten Frist bestünde die Gefahr, dass diese zu Lasten der Qualität der Kostenschätzung gehe. Herr Kahlen versichert, die Verwaltung sei bemüht, die Kostenschätzungen so schnell wie möglich vorzulegen.

3.5 Kompetenzzentrum Geschäftsprozessoptimierung 2797/2012

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

3.6 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum hier: Der Urbane Kongress (Teil 2): Die Umsetzung 2663/2012

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

3.7 Erhöhte Anzahl der Fahrraddiebstähle in Köln 2921/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Abschlussbericht der wissenschaftlichen Erhebung zum Bedarf an psychosozialer Unterstützung und gesundheitlicher Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden nach Erweiterung des Sperrbezirkes 2767/2012

Die Vorlage wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos lobt die bisher umgesetzten Maßnahmen. Da die weitere Umsetzung der sozialen und ordnungspolitischen Maßnahmen jedoch zu Konflikten führen könnte, bittet sie, hier einen Ausgleich herzustellen.

Herr Granitzka bedankt sich für den Hinweis und schließt sich den Anregungen an.

Herr Detjen berichtet, die Autorin des Berichtes, Frau Steffan, habe zu diesem Thema einen sehr interessanten Vortrag im Sozialausschuss gehalten. Auf Rückfragen habe sie angemerkt, dass im Bereich der sozialpolitischen Prävention ggfs. weiterer Handlungsbedarf bestehe. Auf Hinweis von Herrn Kahlen kündigt Herr Detjen in diesem Zusammenhang einen Antrag der Fraktion Die Linke im Sozialausschuss an.

4.2 Geschäftsbericht der kommunalen Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) 2011 0889/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Schutz des Roncalliplatzes und des Heinrich-Böll-Platzes vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw

hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales vom 06.12.2010 2288/2012

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter stellt die vorgetragene Kostenschätzung in Frage und teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plädiere weiterhin für die Installation einer Polleranlage. Darüber hinaus könne er nicht nachvollziehen, warum die Vorlage nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt werden konnte.

Da ein ähnliches Konzept in anderen Städten bereits erfolgreich und deutlich kostengünstiger umgesetzt werden konnte, bitte er die mögliche Absperrung mittels versenkbarer Poller erneut zu überprüfen. Die hinsichtlich der per Magnetkarte regelbaren Zufahrt geäußerten Bedenken könne er nicht verstehen.

Frau dos Santos Herrmann ergänzt zustimmend, die ordnungsgemäße Verwendung der Magnetkarten müsse vorausgesetzt werden; entsprechende Verstöße könnten mit Bußgeldern geahndet werden. Ob auf dem Roncalliplatz, z.B. vor dem Domhotel, parkende PKW im Interesse der Anlieger seien, halte sie ebenfalls für fraglich.

Frau Manderla schließt sich den Äußerungen an und bittet vor dem Hintergrund eines in der Tagespresse veröffentlichten Zeitungsartikels darum, die Politik in Zukunft früher zu informieren.

Herr Görzel bezweifelt, dass die vorliegenden Beschädigungen des Platzes hauptsächlich durch PKW verursacht seien und bittet hier um Wahrung der Verhältnismäßigkeit.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Granitzka erklärt Herr Kahlen, für jedes Grundstück der Stadt Köln bestehe, soweit es Baurecht habe oder zugestanden bekommen habe, ein Anspruch auf ordnungsgemäße Erschließung. Vor diesem Hintergrund sei vor ca. 20 Jahren eine Regelung getroffen worden, die diesem Anspruch zwar Rechnung trägt, das faktische Parkverhalten der PKW-Führer jedoch nicht abdecke.

Nach dem Be- und Entladen, wofür 15 Minuten Zeit zur Verfügung gestellt werden, müsse der PKW wieder vom Platz entfernt werden.

Herr Kahlen ergänzt, dem Domhotel sei in der 1. Ebene des Domparkhauses eine originäre Vorfahrt eingeräumt, über die das Domhotel direkt erreicht werden kann. Er bittet zu beachten, dass man dem Domhotel auf dieser Ebene 20 Parkplätze zur Verfügung gestellt habe, obwohl es sich bei dem Domparkhaus um eines der meistfrequentierten und somit Einnahmestärksten Parkhäuser der Stadt handele.

Herr Kahlen betont, auch er verfolge das derzeitige Parkverhalten der Besucher des Parkhotels kritisch. An Maßnahmen zur Änderung der vorherrschenden Verhältnisse, wie z.B. der Verhängung von Bußgeldern, werde daher weiterhin gearbeitet.

Herr Lachmann bittet hinsichtlich der angesprochenen Kostenschätzung um Beachtung, dass aufgrund einer Forderung der Feuerwehr die Installation zweier versenkbarer Polleranlagen erforderlich sei, um so im Notfall eine schnelle Zufahrt des Platzes sicherstellen zu können. Er bittet um Beachtung, vor einer möglichen Einführung eines Magnetkartensystems müsse zunächst das Fahr- und Gebrauchsverhalten der Eigentümer und Nutzer abgefragt werden. Hier befinde man sich gerade in Verhandlungen mit den Beteiligten. Die Zusammenstellung und Auswertung der benötigten Daten sei ein sehr zeitaufwendiger Prozess.

Herr Kahlen ergänzt, dieser Aspekt sowie die Frage, wie die Karten übertragungssicher bzw. kopiergeschützt erstellt werden können, sei hier das zentrale Thema.

Er bedankt sich abschließend für die vorgebrachten Fragen und Anmerkungen und betont, dass auch die Verwaltung ein hohes Interesse an der Erarbeitung einer Lösung habe, die keine dauerhaften Personalkosten impliziere.

Herr Granitzka bedankt sich für die Aufnahme der Diskussion und bittet um möglichst zeitnahe Vorlage eines Ergebnisses.

**4.4 Verkürzung der Öffnungszeiten des Call-Centers
2765/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.5 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Juli 2012
2855/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.6 Information über Änderungen im Aufenthaltsgesetz zum 01.08.2012
2856/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.7 Aufnahme von Flüchtlingen
2947/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.8 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen im Jahr 2011
2919/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.9 Auflösung des Amtes für Lastenausgleich -55-
3119/2012**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.10 Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 28.03.2011 und des Rates vom 15.05.2012
hier: Zusetzung von Einsatzkräften bei der Kölner Polizei
3194/2012**

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**4.11 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch Verzicht auf die Ausbildung in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten
3188/2012**

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**4.12 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
2658/2012**

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 03.09.2012
Flüchtlinge in Köln
AN/1510/2012**

Die Vorlage wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.09.2012
Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung
AN/1415/2012**

Die Vorlage wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Frau Manderla zur Situation der Schützenvereine in Köln

Frau Manderla trägt eine mündliche Anfrage zur Situation der Schützenvereine in Köln vor und greift das Beispiel der Schützenbruderschaft St. Hubertus in Bickendorf auf, die im Rahmen der Vorbereitungen ihres Schützenfestes fünf Monate auf einen Ortstermin mit der Vertretern der Verwaltung warten musste. Hier habe sich letztendlich herausgestellt, dass dieses aufgrund der mit der Ausrichtung eines Bürgerfestes deutlich gestiegenen Anforderungen abgesagt werden musste.

Frau Manderla bittet um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Tempski informiert, sowohl die Dauer des Verfahrens zur Genehmigung einer Veranstaltung dieser Art als auch die gestiegenen Anforderungen lassen sich mit der veränderten Größe und des Umfangs der Veranstaltungen erklären.

Herr Granitzka äußert hinsichtlich der Dauer des Verfahrens Unverständnis und bittet die Verwaltung, hier im Interesse der Vereine in Zukunft zügiger zu einem Ergebnis zu kommen.

7.2 Mündliche Anfrage von Herrn Detjen zum Datenhandel der Stadt Köln

Herr Detjen greift lobend einen Artikel aus der Tagespresse auf, wonach die Stadt Köln im Gegensatz zu anderen Städten Daten nicht an privatwirtschaftliche Konzerne herausgibt und bittet um nähere Erläuterung.

Herr Kahlen sagt dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Mitteilung zur nächsten Sitzung zu.

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Antrag des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln auf Durchführung des Chinafestes vom 14.09.2012 - 16.09.2012 (incl. Auf- und Ab- bauzeiten vom 11.09.- 18.09.2012) auf dem Roncalliplatz 2523/2012

Herr Görzel äußert Verwunderung darüber, dass die Beschlussvorlage dem Ausschuss erst zwei Wochen vor dem Chinafest in Form einer Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt werden konnte.

Herr Kahlen weist darauf hin, der Ausschuss wurde u. a. in seiner Sitzung vom 06.02.2012 mit Mitteilung der Verwaltung Nr. 4298/2011 zeitnah über die geplante Veranstaltung in Kenntnis gesetzt. Aufgrund der Größe der Veranstaltung konnte die Entscheidung dem Ausschuss erst nach Vorlage aller Daten in dieser Form vorgelegt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Büro für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln den Roncalliplatz zur Durchführung des Chinafestes vom 14.09.2012 – 16.09.2012 (incl. der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 11.09.2012 – 18.09.2012) zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 1357/2012

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 5. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung (Neufassung) 1704/2012

Herr Wolter begrüßt die mit der Neufassung der Vorlage vorgenommenen Änderungen und signalisiert bereits vorab Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beschlussvorlage.

Dennoch erwarte er vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung, dass für die dauerhafte Belegung öffentlichen Straßenraumes ein neuer Gebührentatbestand eingeführt werde, der sowohl die Außengastronomie, Gewerbetreibende als auch Absperrungsmaßnahmen vor Diskotheken erfasse. Er bittet die Verwaltung, diese Lücke zu schließen und dem Ausschuss eine entsprechende Vorlage bis zum Ende des Jahres vorzulegen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP, **zugestimmt**

10.3 Internetstadt Köln 0687/2012

Herr Dr. Elster bedauert, das vorgelegte Konzept sei nicht zufriedenstellend. Das Ziel, Informationen zusammenzustellen, die über das allgemein verfügbare Wissen hinausgingen, sei nicht umgesetzt worden. Auch sei von der Möglichkeit, Expertise und Fach-Know-How von Außen einzuholen, kein Gebrauch gemacht worden. Da das Konzept zudem noch zu wenig Anreize für mögliche Investoren biete, seien die veranschlagten 600.000 € nicht zu rechtfertigen.

Herr Görzel teilt mit, er verstehe das Projekt auch als Kommunikationsmittel für die Bürgerschaft. Vor diesem Hintergrund trägt er einen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vor und begründet diesen.

Frau dos Santos Herrmann äußert die Bitte, seitens der Verwaltung ein Zeitfenster zu schaffen, in dem auch die seitens der Öffentlichkeit geäußerten Fragen und Anregungen aufgenommen werden können.

Herr Detjen schließt sich dem Vorschlag an und äußert Bedauern darüber, dass das Thema kostenloses W-Lan in bestimmten öffentlichen Bereichen nicht aufgegriffen worden sei.

Frau Manderla greift den heutigen Vortrag zur Einführung von e-Vergabeakte und e-Vergabemarktplatz auf und erwähnt lobend, die Verwaltung habe schon vieles in diesem Bereich umsetzen und erreichen können. Insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Stadt Dortmund bereits als Internetstadt NRWs ausgezeichnet wurde, sollte man sich eher auf den Aufgabenabbau konzentrieren.

Herr Kahlen bestätigt, das Konzept versuche sowohl konzeptionelles als auch Maßnahmen vorzustellen. Er ergänzt, der mit dem Ratsbeschluss verfolgte weitreichende Ansatz fordere einen Gesamtdialog mit allen Internet-Akteuren innerhalb der Stadtgesellschaft, d.h. Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen Rollen, wie Lehrern, Schülern, Studenten, Eltern, Senioren, Erwerbslosen, Politik, Medien, Wirtschaftsunternehmen, Non-Profit-Organisationen, Stiftungen, Forschungsinstituten, Schulen sowie Mitarbeitern der Stadt und Unternehmen. Mit der Einrichtung des Multi-Stakeholder-Projektes "Internetstadt Köln" würde nun eine Platt-

form geschaffen, das in der Medienstadt Köln im ITK-Bereich zahlreich und ausgeprägt vorhandene Wissen einbringen zu können.

Herr Kahlen betont, die Stadt sei auf diesem Gebiet derzeit bundesweit mit ihrer Expertise gefordert. So sei eine Präsentation der Aktivitäten, die die Stadt auf der Grundlage dieses Konzeptes plane, der meistbesuchte Vortrag auf einem vom Innenministerium zum Thema ITK initiierten Kongress gewesen. Zudem werde die Stadt gebeten, an Podiumsdiskussionen teilzunehmen, in denen auch Praxis und Perspektiven in Österreich und der Schweiz dargestellt würden.

Herr Kahlen ergänzt, die Beteiligung der Bürgerschaft an der weiteren Entwicklung sei explizit gewünscht und werde insbesondere durch Open Data ermöglicht. Er betont, sowohl die bereits vorliegenden als auch die weiterhin folgenden Rückmeldungen und Anreize würden selbstverständlich aufgenommen und verarbeitet. Gerade hierin bestehe der Ansatz des Konzeptes.

Herr Granitzka bedankt sich für die Ausführungen und lässt zunächst über den schriftlichen Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales möge beschließen:

- 3.1 Die Verwaltung setzt ihre Priorität auf die Optimierung des Bürgerservices durch die Entwicklung und Realisierung von Strukturen, durch die Verwaltungsdienstleistungen komplett ohne persönliche Vorsprache online abzuwickeln und notwendige Unterlagen postalisch zuzusenden bzw. zu erhalten sind und Bürgerinnen und Bürger sich auf Wunsch beispielsweise ihren Bewohnerparkausweis zuhause ausdrucken können. Dabei werden Verwaltungsvereinfachungen auch in Verbindung mit QR-Codes überprüft.
- 3.2 Die Verwaltung stellt die Ergebnisse der Auswertung der Evaluation zur „Optimierung Bürgerservice in den Stadtbezirken“ und der repräsentativen Nutzerbefragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit (Ratsbeschluss vom 25.09.2008) und die daraus resultierenden Konsequenzen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, zugestimmt
Herr Granitzka fasst zusammen und bittet um Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. das Gesamt-Konzept „Internetstadt Köln, Ziele - Strukturen – Zusammenarbeit – Unterstützung“ (siehe Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung, die im Konzept genannten konzeptionellen Ansätze, Zielvorstellungen und Projekte zu realisieren.
2. für die Realisierung des zentralen Multi-Stakeholder-Prozesses (siehe Seite 5 ff. des Konzeptes)
 - für das Jahr 2012
75.000 Euro einmalige Kosten für die Einrichtung der Internetplattform und eines Newsletter-Systems, sowie
30.000 Euro zentrale Projektmittel (Veranstaltungen, Organisationsaufwendungen im Rahmen des Multi-Stakeholder-Prozesses sowie zur Anschubfinanzierung stadtweiter Teilprojekte)
 - ab 2013
50.000 Euro p.a. laufende Kosten für den Betrieb der Internetplattform und des Newsletter-Systems sowie,
150.000 Euro p.a. zentrale Projektmittel (Veranstaltungen, Organisationsaufwendun-

gen im Rahmen des Multi-Stakeholder-Prozesses sowie zur Anschubfinanzierung stadtweiter Teilprojekte)
im Teilplan 0101 zur Verfügung zu stellen.

3. für den Projektbereich „Open Data, Open-Government, mobile Dienste, Apps, KölnAPI“ (siehe Seite 18 ff. des Konzeptes)
 - in 2012 Finanzmittel in Höhe von 100.000 Euro für die Erstinvestitionen, sowie 50.000 Euro für den Betrieb
 - ab 2013 100.000 Euro p.a. für den Start weiterer Teilprojekte, sowie 100.000 Euro für den laufenden Betrieb der bereits realisierten Teilprojekte bei 1300, Teilplan 0104 - IT- und Kommunikationsdienste zur Verfügung zu stellen.
- 3.1 Die Verwaltung setzt ihre Priorität auf die Optimierung des Bürgerservices durch die Entwicklung und Realisierung von Strukturen, durch die Verwaltungsdienstleistungen komplett ohne persönliche Vorsprache online abzuwickeln und notwendige Unterlagen postalisch zuzusenden bzw. zu erhalten sind und Bürgerinnen und Bürger sich auf Wunsch beispielsweise ihren Bewohnerparkausweis zuhause ausdrucken können. Dabei werden Verwaltungsvereinfachungen auch in Verbindung mit QR-Codes überprüft.
- 3.2 Die Verwaltung stellt die Ergebnisse der Auswertung der Evaluation zur „Optimierung Bürgerservice in den Stadtbezirken“ und der repräsentativen Nutzerbefragung zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit (Ratsbeschluss vom 25.09.2008) und die daraus resultierenden Konsequenzen vor.
4. die Zusetzung von einer Stelle A 12 bei 1300 für die Wahrnehmung der dauerhaften Aufgaben Open Data, Open-Government, mobile Dienste, Apps, KölnAPI, etc, sowie

die Zusetzung einer weiteren Stelle A12 bei 1300 für redaktionelle Arbeiten in den diversen Teilprojekten im Rahmen des Multi-Stakeholder-Prozesses, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit neu definierten Themenmodulen, Crowdsourcing, etc.
5. die Zusetzung einer Stelle A 11 bei 40 zum Aufbau des Bildungsnetzwerkes (siehe Seiten 10 ff. des Konzeptes)
6. die Reaktivierung/Einrichtung der Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft bei Dez. III. Die ursprüngliche Medienstabsstelle wurde seinerzeit aufgrund des Taskforce-Maßnahmenkataloges im Amt für Wirtschaftsförderung eingegliedert, wodurch die Leitungsstelle entfiel. Die neue, in Ihrem Aufgabenumfang erheblich veränderte „Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft“ (siehe Seite 24 ff. des Konzeptes) bedarf einer eigenständigen Leitung und wird bei Dezernat III direkt angebunden. Durch die Einrichtung der "Stabsstelle für Medien- und Internetwirtschaft" wird der der Task-Force-Beschluss aufgehoben.
7. die Deckung aus den Mitteln der Kulturförderabgabe zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Pro Köln, **zugestimmt**

10.3.1 Optimierung Bürgerservice AN/1544/2012

Der Antrag wurde zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10.4 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) 1306/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und FDP, **zugestimmt**

**10.5 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012**

Auf Rückfrage von Frau Möller erklärt Frau Reinecke, im Bereich behindertengerechte Toiletten konnten inzwischen Fortschritte gemacht werden, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes in der Form noch nicht absehbar waren und daher noch nicht in den Bericht aufgenommen werden konnten.

Herr Kahlen weist in diesem Zusammenhang auf die Behandlung der Vorlage "Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet" im Gesundheitsausschuss am 11.09.2012 hin.

Beschluss:

Der Rat nimmt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ zustimmend zur Kenntnis und beschließt die darin benannten Ziele und Handlungsprioritäten. Die Verwaltung wird beauftragt diese umzusetzen. Die Umsetzung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**10.6 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
2854/2012**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales nimmt die Empfehlungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 18.11.2010 zur Kenntnis (Wortlaut des Beschlusses siehe Ziffer 1. der Begründung).

2. Die Stadt Köln leistet bereits einen wichtigen Beitrag für die Integration von Menschen mit Behinderung. Der Arbeitgeber Stadt Köln überschreitet die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungsquote von 5 % deutlich; aktuell beträgt sie 6,91 %. Erreicht wird diese Beschäftigungsquote durch ein ganzes Bündel von personalwirtschaftlichen Maßnahmen, die die besondere Berücksichtigung und Förderung von Menschen mit Behinderungen im Blick haben.

Vor diesem Hintergrund hält es der Ausschuss Allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales nicht für erforderlich, ein zusätzliches Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen bei der Stadtverwaltung zu erarbeiten, da dies zur Erhöhung des Anteils der bei der Stadt Köln beschäftigten Menschen mit Behinderungen sowie zur Schaffung von Ausbildungsstellen im niederschweligen Bereich für Menschen mit Behinderung nicht notwendig ist.

3. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird gebeten, diese Position aus den dargestellten Gründen zu übernehmen.

Alternative:

Keine

Für den weitergehenden, über die gesetzliche Forderung von 5 % und die erreichte Quote in Köln von knapp 7 %, gibt es keinen umsetzbaren Bedarf. Aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln ist eine Realisierung des Projekts nicht möglich, da auch kein Deckungsvorschlag für die Finanzausstattung existiert.

Realistische Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Konzepts liegen somit derzeit nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10.7 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2013 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Eigelstein, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Nippes, Longerich, Chorweiler, Worringen, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Kalk, Mülheim, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, 2813/2012

Frau Manderla meldet weiteren Beratungsbedarf der CDU-Fraktion zur Vorlage an und schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Herr Granitzka greift den Vorschlag auf und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verweist die Beschlussfassung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

gez. Granitzka
Vorsitzender

gez. Stiens
Schriftführerin